



Dr. Hahn meint

Rassismus geht uns alle an

(BS) Während weltweit zehntausende Menschen gegen rassistische Polizeigewalt in den USA auf die Straße gehen, ist es notwendig darauf hinzuweisen, dass rassistische Ausgrenzung für viele Bürgerinnen und Bürger auch in Deutschland ein alltäglich erlebtes Problem ist. Und obwohl der weit überwiegende Teil der Polizistinnen und Polizisten in unserem Land seine Arbeit kompetent und gewissenhaft erledigt, haben auch Polizeibehörden in Bund und Ländern ein ernstes Problem mit Rassismus und Rechtsextremismus. Längst geht es nicht mehr nur um "Einzelfälle", wie immer wieder behauptet wird. Es gibt inzwischen leider auch strukturelle Defizite in Teilen der Sicherheitsbehörden, die spätestens seit den Ermittlungsspannen in der NSU-Mordserie bekannt sind und endlich ernsthaft angegangen werden müssen. Einerseits, aber notwendiger Schritt wäre, dass Bundesregierung und Innenminister ihre Wagenburg-Mentalität überwinden und endlich anerkennen, dass Handlungsbedarf besteht. Denn Rassismus geht uns alle an!

Dr. André Hahn

ist stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE und Mitglied im Innenausschuss.

Bereitschaft noch ausbaufähig

(BS) Bei Hass und Hetze im digitalen Raum kommt den Bürgern und Nutzern eine wichtige Rolle zu. Zum einen müssen sie der Polizei Hinweise auf möglicherweise strafbares Verhalten in Chats oder Sozialen Medien geben. Zum anderen sind sie selbst gefragt, Beleidigungen, Verleumdungen oder Fälle von Volksverhetzung noch stärker als bisher den Strafverfolgungsbehörden anzuzeigen. Das verlangt die Präsidentin des hessischen Landeskriminalamtes (LKA), Sabine Thurnau. Denn aufgrund dieses mangelhaften Anzeigeverhaltens existierten bundesweit bisher immer noch keine validen Zahlen zur Dimension von Hasskriminalität in den vergangenen Monaten oder Jahren. Feststellbar, wenn auch nicht exakt quantifizierbar, sei jedoch, dass die Fälle von Hass und Hetze im Netz momentan deutlich zunehmen. Besonders oft handele es sich dabei neben den bereits erwähnten strafbewehrten Taten um Nötigungen oder die Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten.

Zudem gebe es oft, aber nicht immer, Verbindungen zur politisch motivierten Kriminalität, so Thurnau. Sie zeigte sich besorgt, dass es eine enge Verknüpfung zwischen dem Hass im Netz und daran anschließenden Straftaten im analogen Raum geben könnte. Sie appellierte an die Nutzer im digitalen Raum, Delikte vermehrt anzuzeigen und aus dem Dunkelfeld herauszutreten. Denn auch wenn die Behörden zum Teil technische Probleme hätten, an Verdächtige heranzukommen, müsse gelten: "Es darf im Netz keinen rechtsfreien Raum geben." Es sei jedoch eine Verrohung der Sitten auch im Digitalen zu konstatieren, ergänzte Helmut Dedy. Auch der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages



Fälle von Hasskriminalität im digitalen Raum werden noch zu selten zur Anzeige gebracht. Beim ["Digitalen Staat online"](#) diskutierten darüber (im Uhrzeigersinn): Dieter Wehe (Moderator), Sabine Thurnau, Helmut Dedy und Markus Hartmann.

Screenshot: BS

räumte ein, dass viele Betroffene Hasskriminalität im Netz nicht anzeigen würden. Sie befürchteten, dass das Verfahren durch die Staatsanwaltschaft ohnehin eingestellt werde. Aus seiner Sicht sei das – etwa wegen vermeintlicher Geringfügigkeit – noch zu oft der Fall. Selbst Verfahren, bei denen politisch exponierte Personen betroffen seien, würden noch zu selten tatsächlich zu einer Anklage vor Gericht führen, kritisierte Dedy im Rahmen des "Digitalen Staates online" des Behörden Spiegel.

Aus Sicht von Markus Hartmann, Oberstaatsanwalt als Hauptabteilungsleiter bei der Staatsanwaltschaft Köln, dürfe es hier nur wenige Opportunitätsentscheidungen über Verfahrenseinstellungen geben. Aber auch der Leiter der "Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen" (ZAC NRW) bemängelt das noch gering ausgeprägte Anzeigeverhalten in diesem Deliktbereich.

Bremer Polizeigesetz vor Reform

(BS) Das Polizeigesetz des Landes Bremen soll novelliert werden. Einen entsprechenden Entwurf präsentierte kürzlich Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) und bezeichnete ihn als "einen gelungenen Kompromiss, um den lange gerungen wurde." Zahlreiche Kapitel des Reformentwurfs regeln den Umgang und die Verarbeitung personenbezogener Daten.

Außerdem soll der Polizeivollzugsdienst in die Lage versetzt werden, die Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) in engen Grenzen auch präventiv durchführen zu können. Dabei können Telefonate oder SMS-Nachrichten mitgehört oder aufgezeichnet werden. Außerdem ist der Abruf von Verbindungsinformationen (Verkehrs- und Nutzungsdatenauskunft) sowie von Rahmendaten über den Telekommunikationsteilnehmer im Zuge einer Bestandsdatenauskunft möglich. Mäurer schränkte aber ein: "Aufgrund der Tragweite dieses Eingriffs in die Rechte Einzelner sind jedoch hohe Anforderungen an die berechtigten Interessen zum Schutz der Grundrechte zu erfüllen."

Rechtsgrundlage geschaffen

Im Gesetzesentwurf ist zudem die Grundlage für die Stelle eines unabhängigen Polizeibeauftragten bei der Bremischen Bürgerschaft geschaffen worden. Dazu sagte der Senator: "Ich bin überzeugt, eine solche Stelle kann das Ansehen der Polizei in der

Öffentlichkeit stärken." Sie sie zugleich auch für Polizeibeamte da, die Eingaben machen wollten, sich damit aber nicht sofort an ihre Vorgesetzten wenden wollten. In diesem Punkt ist Kritik der Gewerkschaften sicher. Gleiches gilt für die vorgesehene Abschaffung anlassloser Polizeikontrollen an kriminalitätsbelasteten Orten und die geplante Pflicht zur Ausstellung einer Kontrollquittung mit Angabe des Kontrollgrundes.

Des Weiteren können dem Entwurf zufolge gewalttätige Personen in Zukunft leichter aus ihrer Wohnung verwiesen werden, um ihre Angehörigen vor häuslicher Gewalt zu schützen. Mäurer erläuterte: "Die Gefahrenschwelle, nach der gehandelt werden kann, wird gesenkt." Bislang sei die Wegweisung eines Schlägers aus seiner Wohnung nur möglich, sofern eine unmittelbare, gegenwärtige Gefahr für das Opfer bestehe. Künftig soll eine konkrete Gefahr ausreichend sein.

Videoüberwachung wird ausgedehnt

Auch die Möglichkeiten der Videoüberwachung im öffentlichen Raum sollen ausgeweitet werden. Bisher ist sie nur an Orten möglich, an denen vermehrt Straftaten begangen wurden. "Mit unseren geplanten Änderungen ist dies nun auch an besonders sensiblen Objekten zur Daseinsvorsorge, wie einem Wasserwerk, möglich." Temporär soll das Instrument auch bei Großveranstaltungen erlaubt werden.

Weitere Standorte

(BS) Die Bundespolizei bildet in zwei neuen Ausbildungsstätten im nordrhein-westfälischen Bielefeld und im hessischen Rothenburg an der Fulda angehende Vollzugsbeamte aus. Ab dem 1. September kommenden Jahres sollen jeweils rund 450 Anwärter und weiteres für die Ausbildung erforderliches Personal dort ihren Dienst versehen. Sie werden an beiden Standorten in Kasernen beziehungsweise auf entsprechendem Gebiet untergebracht. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sagte dazu: "Die Bundespolizei setzt in noch nie dagewesener Weise ihre Ausbildungsoffensive fort. Damit wird sie in Zukunft mehr Präsenz zeigen können und weiterhin einen großen Beitrag für die Sicherheit in Deutschland leisten."



Die Bundespolizei bildet ab dem kommenden Jahr an zwei neuen Standorten Vollzugsbeamte aus.

Foto: BS/Bundespolizei

Der Öffentliche Dienst in Zeiten von Corona

Mitreden auf www.behörden.blog

Behörden .BLOG

Behörden Spiegel

Einbruch-Kampagne in Hessen

(BS) In Hessen hat eine Sommerkampagne der Landespolizei gegen Wohnungseinbrüche begonnen. Insbesondere in der Urlaubs- und Ferienzeit bieten sich für Täter günstige Bedingungen. Denn Einbrüche fin-



In Hessen will die Polizei vermehrt für Gefahren durch Einbrecher sensibilisieren.

Foto: BS/Tim Reckmann, pixelio.de

den vor allem tagsüber, speziell während längerer Abwesenheiten der Haus- oder Wohnungsbewohner, statt. Hier will die Polizei sensibilisieren. Dafür führt sie noch bis Mitte August neben Kontrollen zielgerichtete Präventionsmaßnahmen durch. Dabei werden Bürger über Vorbeugungsmaßnahmen informiert. Innenminister Peter Beuth (CDU) sagte: "Da die Ferien nun vor der Tür stehen, wollen wir den Bürgern praktische Tipps geben, wie sie die eigenen vier Wände sicherer machen können." Jährlich führe die Polizei rund 7.000 kriminalpolizeiliche Beratungen zum Wohnungsschutz durch. "Mit der bundesweit einzigartigen Prognosesoftware KLB-operativ hat die hessische Polizei zudem ein effektives Computerprogramm, um insbesondere Einbruchsserien frühzeitig zu erkennen und zu unterbinden", so der Ressortchef.

Tipp-Geber-System

(BS) Das bei der baden-württembergischen Landespolizei genutzte anonyme Hinweisgebersystem wird auf die Bereiche Linksextremismus und Antisemitismus ausgedehnt. Bislang konnten über das BKMS-System Anmerkungen zu den Themen Rechtsextremismus, islamistischer Extremismus/Terrorismus, Korruption und Wirtschaftskriminalität abgegeben werden. Innenminister Thomas Strobl (CDU) sagte dazu: "Politisch motivierte Kriminalität bedroht den Kern unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Diese Art der Kriminalität richtet sich gegen unsere demokratischen Grundwerte und die Menschenrechte." Um den Extremismus zu bekämpfen, sei man zwingend auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen. Das System ist webbasiert. Dort können Bürger rund um die Uhr anonym Hinweise abgeben.



Unser Angebot für Ihre digitale Souveränität

IT-Sicherheit, Datenschutz, Open Source Intelligence (OSINT)

- **IT-Risikomanagement bei Cyber-Bedrohungslagen**
22. Juli, 13:00-16:00 Uhr
- **IT-Notfallplanung – Gewappnet für die Cyberkrise**
24. Juli, 9:30-12:30 Uhr
- **Erfolgreich Awareness-Kampagnen durchsetzen**
13. August, 13:30-16:00 Uhr
- **Online-Zertifizierungskurs: Datenschutzbeauftragter mit TÜV Rheinland geprüfter Qualifikation**
Erstes Modul: 20. August
Letztes Modul: 15. September
- **Digitaler Ersthelfer**
25. August, 10:00-16:30 Uhr
- **OSINT Bootcamp – Jede Information zählt!**
26.-27. August, 9:30-16:00 Uhr
- **DSGVO – Wahrung der Betroffenenrechte**
27. August, 9:30-12:30 Uhr
- **Individuelle Lösungen für Ihre Sicherheit unter:**
www.cyber-akademie.de/services

Das komplette Webinarangebot finden Sie **hier**



Die Cyber Akademie ist Partner der Allianz für Cyber-Sicherheit

www.cyber-akademie.de

Forschungsprojekt zu KI-Nutzung gestartet

(BS) Unter der Leitung der Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS) hat ein wissenschaftliches Forschungsprojekt zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz zur Früherkennung von Strafta-



ten im Rahmen eines Forschungsprojektes soll herausgefunden werden, inwiefern sich Künstliche Intelligenz (KI) zur Früherkennung von Straftaten eignet.

Foto: BS/sdecoret, stock.adobe.com

ten begonnen. An KISTRA sind neben der ZITiS noch acht weitere Partner beteiligt. Dabei ist das Bundeskriminalamt (BKA) zugleich Partner und Endanwender.

Zu den weiteren Konsortialpartnern zählen die (Technischen) Universitäten Mainz, München, Aachen, Berlin, Darmstadt und Duisburg-Essen. Ebenfalls beteiligt ist ein Privatunternehmen. Das Gesamtbudget beträgt fast drei Millionen Euro. Ziel des dreijährigen Projektes ist die Erforschung der Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für den ethisch und rechtlich vertretbaren Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) durch Sicherheitsbehörden zur frühzeitigen Erkennung und Prävention von Straftaten der Hasskriminalität. Die Resultate von KISTRA sollen sowohl sozialwissenschaftliche, ethische und rechtliche Gutachten als auch technische Lösungen umfassen.

BB wieder dabei

(BS) Das Land Brandenburg entsendet zum ersten Mal seit 2017 wieder Vollzugskräfte in Internationale Polizeimissionen. Eine Beamtin und ein Beamter gehen in den einjährigen Einsatz. Sie werden jeweils für zwölf Monate zum einen in der Rechtsstaatsmission EULEX Kosovo (European Union Rule of Law Mission in Kosovo) und zum anderen in der EUMM Georgien (European Union Monitoring Mission in Georgia) tätig sein.

Innenminister Michael Stübgen (CDU) hatte die Wiederbelebung des Brandenburger Engagements in Internationalen Polizeimissionen Anfang des Jahres per Erlass eingeleitet. Nun erklärte er: "Wir waren uns als Koalition einig, das internationale Engagement der Brandenburger Polizei wieder zu stärken. Wir leisten damit einen Beitrag zur internationalen Sicherheit."

WEBINAR

Gewährleistung umfassender Cyber-Resilienz
von Regierungsbehörden in Homeoffice-Umgebungen

Dienstag, 7. Juli 2020,
11:00 bis 12:30 Uhr

Referenten



Dr. Reinhard Brandl
Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU)



Dr. Michael Stegmann
IT-Sicherheitsbeauftragter der DRV / DRV Bund



Hans-Peter Bauer
Regional Vice President Central Europe bei McAfee

„Niemals vertrauen, immer überprüfen“ – Zero Trust als Grundprinzip zum Schutz digitaler Umgebungen

Freitag, 10. Juli 2020,
09:30 bis 10:30 Uhr

Referenten



Peter Morwinski,
Business Development Manager, Bechtle



Josip Benkovic,
Regional Director Enterprise & Public Germany, Palo Alto Networks

Sicheren Datentransfer gewährleisten – Bürger- und Behördenkommunikation im Spannungsfeld von Digitalisierung und Datensicherheit

Montag, 20. Juli 2020,
10:00 bis 11:00 Uhr

Referenten



Christoph Jungwirth,
Experte Datensicherheit in Behörden, FTAPI Software GmbH



Mike Felber,
KSV Sachsen, IT System-administrator

Chat, Voice, E-Mail – Wie können deutsche Behörden sicher mobil arbeiten?

Dienstag, 16. September 2020,
11:00 bis 12:30 Uhr

Referenten



Monika Grethel
Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit im Saarland



Sascha Wellershoff
CEO, Virtual Solution AG



Nico Reiners
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport - Referat IT3 – IT-Infrastruktur

Webinare des **Behörden Spiegel**

456 Beschwerden über Polizei

(BS) Bei der Beschwerdestelle für Bürger und Polizei im Hannoveraner Innenministerium sind im vergangenen Jahr insgesamt 709 Hinweise eingegangen. 456 davon bezogen sich auf den Polizeibereich, nur 13 davon enthielten rassismusbezogene Aspekte. Aufgrund dieses geringen Anteils dürfte nicht von einem strukturellen oder latenten Rassismus innerhalb der niedersächsischen Polizei auszugehen sein.

Bei den Beschwerden, die rassismusbezogene Aspekte enthielten, ging es vor allem um ein als diskriminierend oder rassistisch empfundenen Verhalten durch Polizisten. Von diesen 13 Hinweisen waren neun unbegründet, in einem Fall wurde die Beschwerde nicht hinreichend konkretisiert, weshalb keine Entscheidung durch die Beschwerdestelle erforderlich war, und drei Hinweise waren noch nicht abschließend bearbeitet.

Innenminister Boris Pistorius (SPD) betont: "Die Auswertung der Beschwerdestelle bestätigt wiederholt, dass es bei der niedersächsischen Polizei keine offenkundigen oder gar strukturellen rassistischen Tendenzen gibt." In einer Organisation mit einer Personalstruktur wie bei der Polizei hätten Vorurteile gegen bestimmte ethnische Gruppierungen oder sogar rassistisch geprägte Haltungen keinen Platz und in der Regel auch schwer eine Chance, zeigte sich der Ressortchef überzeugt. Von den 456 Hinweisen, die sich auf die Landespolizei bezogen, waren 324 verhaltensbezogene,

zwölf interne Beschwerden sowie vier Fälle ausdrücklichen Lobs. 48 der polizeibezogenen Hinweise waren fachlicher Natur und wurden von den entsprechenden Fachreferaten des Ministeriums oder in den Polizeibehörden bearbeitet.

Von den 324 auf das Verhalten von Polizeibeamten bezogenen Beschwerden hatte der überwiegende Teil deren Verhalten oder Kommunikation im Allgemeinen zum Gegenstand (76 Prozent). Darüber hinaus wurden u.a. die Anzeigenaufnahme (neun Prozent), die Art und Weise der Ermittlungen (fünf Prozent), aber auch Maßnahmen im Zusammenhang mit Straßenverkehrskontrollen (fünf Prozent) thematisiert.

Oft unbegründet

Die bereits abschließend geprüften verhaltensbezogenen Beschwerden über die Polizei endeten mit folgenden Ergebnissen: Sechs Prozent der Beschwerden waren begründet. Ebenfalls sechs Prozent waren teilweise begründet, 43 Prozent unbegründet. Vier Prozent der Hinweise waren nicht aufklärbar und bei 41 Prozent war keine abschließende Entscheidung notwendig. Dies ist etwa der Fall, wenn die Beschwerde zurückgenommen wird oder sich der Anlass erledigt hat. Zu insgesamt 17 dieser Beschwerden wurden strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen die Polizisten eingeleitet. Davon wurden drei Verfahren von der Staatsanwaltschaft eingestellt.

Infobox

Unsere anderen Angebote

(BS) In den aktuellen Ausgaben der weiteren Newsletter des Behörden Spiegel sowie des Podcasts finden Sie u.a. folgende Themen:

[Newsletter "E-Government, Informationstechnologie und Politik" vom 2. Juli:](#)

- BSI will europäische IT sicher gestalten
- ITEOS geht, Komm.ONE kommt
- Wie sieht die Zukunft der Verwaltung aus?
- Geschäftsstelle geht an FITKO

[Newsletter "Verteidigung, Streitkräfte, Wehrtechnik." vom 25. Juni:](#)

- US-Präsenz in Deutschland: worum es geht
- Gastkommentar von Dr. Atzpodien
- IT-Betrieb der Bundeswehr bis 2027

[Newsletter "Rettung, Feuer, Katastrophe." vom 2. Juli:](#)

- Massive Kritik an Kommissionsvorschlag zu rescEU
- Berufsanerkennung von Notfallsanitätern

[Podcast "Public Sector Insider" vom 30. Juni:](#)

- "Bespuckt und getreten"
- Der Ton macht die Musik
- Angst vor dem Lockdown

Jeden Dienstag neu – Behördenwissen zum Reinhören:

- **Bespuckt und getreten:**
Jahresbericht 2019 der Feuerwehr Berlin. Ein Interview.
- **Der Ton macht die Musik:**
Tarifverhandlungen und die Sorge vor Neid. Ein Kommentar.
- **Angst vor Lockdown:**
Wie Kommunen auf Neuinfektionen reagieren. Eine Recherche.

behoerden-spiegel.de/podcast



PUBLIC SECTOR
INSIDER

Der Podcast des
Behörden Spiegel

14 Extremisten in der Bundeswehr identifiziert

(BS) Das Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst (BAMAD) hat im vergangenen Jahr 14 Extremisten innerhalb der Bundeswehr ausgemacht. Das waren doppelt so viele wie noch 2018. Darunter befanden sich acht Rechtsextremisten und zwei Reichsbürger, wie BAMAD-Präsident Dr. Christof Gramm im Rahmen der jährlichen Anhörung der Präsidenten der Nachrichtendienste des Bundes durch das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) sagte.

Außerdem habe man 38 Personen mit fehlender Verfassungstreue innerhalb der Truppe festgestellt. Gramm unterstrich: "Auch wenn die ganz große Mehrheit der Soldatinnen und Soldaten verfassungstreu ist und Rechtsextremismus in der Gesellschaft und in der Bundeswehr kein neues Phänomen bildet, haben wir eine neue Dimension festgestellt." So seien die Verdachtsfälle innerhalb der Bundeswehr in den Bereichen Rechtsextremismus und Reichsbürger erkennbar angestiegen. Beginnend im vergangenen Jahr würden inzwischen sowohl Extremisten als auch Personen mit fehlender Verfassungstreue systematisch erfasst. Denn Verfassungstreue sei für Soldaten und Beamte gleichermaßen Berufspflicht. Fehle es an ihr, sei oftmals die Vorstufe zum Extremismus erreicht, warnte Gramm. Mit Blick auf seine Behörde sagte er: "Wir schauen genauer hin und dabei werden wir fündig."

KSK ist Schwerpunkt

Einen Schwerpunkt bei der Extremismusabwehr bildet laut Gramm weiterhin das Kommando Spezialkräfte (KSK). Dort bearbeitet das BAMAD "weiterhin rund 20 Personen". Durch stille Operationen sei es gelungen, "mehr Licht ins Dunkel zu bringen". Das KSK steht derweil vor gravierenden Veränderungen. So wird eine ihrer vier Einsatzkompanien aufgelöst. Zudem soll das KSK stärker in die übrige Bundeswehr eingebunden werden. Es ist ein stärkerer Austausch mit anderen Teilen des Heeres, auch im Bereich der Ausbildung, geplant. Dadurch soll die bisherige strikte Abschottung des KSK zumindest abgemindert werden. Eine

komplette KSK-Auflösung wird es vorerst nicht geben. Auch der Kommandeur der Einheit bleibt zunächst im Dienst und auch der Standort im baden-württembergischen Calw wird nicht aufgegeben.

Von einer Untergrundarmee könne dem BAMAD-Präsidenten zufolge bislang nicht gesprochen werden. "Aber Beziehungsgeflechte – oder wenn Sie so wollen Netzwerke sowie Strukturen – mit unterschiedlicher Qualität finden wir sehr wohl. Gramm wurde deutlich: "Falsche Patrioten haben bei uns nichts verloren."

Corona als Katalysator

Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), Dr. Bruno Kahl, warnte vor den Folgen der aktuellen Corona-Pandemie. Sie könne als Katalysator dienen, der gefährliche Konflikte verstärke und zum Teil beschleunige. Sein Dienst, der sich ein möglichst konkretes Bild der mittelfristigen Corona-Folgen machen will, sehe dadurch zunehmend die Werte des Multilateralismus und der Globalisierung geschädigt. "Viele Länder fühlen sich in der Krise allein gelassen. Eine Rückbesinnung auf nationale Egoismen sowie das Streben nach Autarkie untergraben die Grundsätze der internationalen Wirtschaftsordnung und fördern anti-westliche Ressentiments", warnte Kahl.

Die Corona-Lage sei ein "Stresstest für unsere Weltordnung". Autoritäre Staaten versuchten, im Schatten der Krise ihre Einflussphären auszubauen. Dabei würden sie die Schwächen anderer internationaler Akteure ausnutzen, Lücken besetzen und hybride Maßnahmen verstärken. Die toxische Wirkung des Vertrauensverlustes der Bevölkerung aufgrund des Zusammenbruchs der Gesundheitssysteme sowie des Wirtschaftslebens führe schwache Staaten an den Rand des Abgrunds. Fragile politische Systeme könnten in der Folge auch in europäischer Nachbarschaft zerbrechen, Radikalisierung und Migrationsdruck steigen. "In dieser besonderen und angespannten Situation, die vor wenigen Monaten noch niemand auf dem Schirm hatte und die die gesamte Welt noch lange in Atem



Dr. Christof Gramm, Präsident des Bundesamtes für den Militärischen Abschirmdienst (BAMAD), berichtete von identifizierten Extremisten in der Bundeswehr.

Foto: BS/Feldmann

halten wird, muss der BND handlungsfähig bleiben", betonte Kahl. Sein Dienst spionierte, "weil andere Staaten dies genauso tun". Würde die Bundesrepublik aus noch so hohen moralischen Motiven auf das Mittel verzichten, im Ausland zu spionieren, "so würden wir damit nichts gewinnen, sondern uns einfach nur schlechter stellen", sagte der BND-Präsident.

Personenpotenzial deutlich gestiegen

Der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Thomas Haldenwang, warnte: "Wir stellen in allen Extremismusbereichen eine gestiegene Gewaltbereitschaft fest. Derzeit bewerten wir den Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus als größte Bedrohung für die Sicherheit in Deutschland, stellen aber auch im Linksextremismus eine deutliche Steigerung der Militanz und eine neue Qualität bei Gewaltdelikten gegen Personen fest." Auch im Bereich des islamistischen Terrorismus sowie bei den sicherheitsgefährdenden Aktivitäten fremder Mächte könne keine Entwarnung gegeben werden. Das Personenpotenzial im Rechtsextremismus sei im vergangenen Jahr um 33 Prozent auf rund 32.000 Personen gestiegen. Auch im Linksextremismus sei eine deutliche Steigerung der Militanz sowie seine neue Qualität bei Gewaltdelikten gegen Personen zu konstatieren.

Digitale Ermittlungen und Kriminalistik heute und morgen

CYBER AKADEMIE-KLAUSUR

12.-14. Oktober 2020, Kranz Parkhotel, Siegburg

Illustration Titelseite: CAK/Dach, Foto: © deepagop/2011, fotolia.com

Programm-Highlights

1. Tag:

- Gefährdungslage IT-Sicherheit und aktuelles Lagebild Cybercrime
- Joint Cyber Crime Action Task Force – Kein Staat kann Cybercrime alleine bekämpfen
- Mobilgeräteforensik: Geschwindigkeit, Effizienz und Kontrolle verbessern
- 5G und die Konsequenzen für die polizeilichen Ermittlungen

2. Tag:

- Geoinformationssysteme bei der Polizei – Chancen und Potenziale für Ermittlungen
- Moderne Textanalyse und künstliche Intelligenz
- Cyberbunker – Ermittlungen gegen einen Bulletproof-Hoster
- Open Source Intelligence – Neue Möglichkeiten z.B. für Wirtschaftsstrafverfahren
- Lagebild IoT Malware und Ausblicke zur IoT Forensik
- Ermittlungen 4.0 – Hat die Polizei bei der Bewältigung der Digitalisierung ein Strukturproblem?

3. Tag:

- System Forensik – wie eine Hochschule und ein Forschungsinstitut für die Polizei operative Ermittlungsunterstützung leisten können
- Praxisbeispiel: Ermittlungsverfahren Ryuk – Kollaborative Bekämpfung einer internationalen Ransomware Kampagne
- Aktuelles Malware Ermittlungsverfahren EMOTET
- Der Goldmünzen Prozess – Erfahrungen als Gutachter für die Staatsanwaltschaft
- Ermittlungsverfahren Geldautomaten Sprengungen

CAK 
Cyber Akademie
Zentrum für digitale Souveränität

Weitere Informationen unter www.cyber-akademie.de

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von "Behörden Spiegel Newsletter Netzwerk Sicherheit" und verantwortlich i.S.d.Pressegesetzes: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Marco Feldmann. Redaktion: Jörn Fieseler, Guido Gehrt, Michael Harbeke, Katarina Heidrich, Bennet Klawon, Tanja Klement, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Wim Orth, Thomas Petersdorff, Dr. Gerd Portugall, Dr. Eva-Charlotte Proll, Benjamin Stiebel. Redaktionsassistent: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,

E-Mail: redaktion@behoerdenspiegel.de; www.behoerdenspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Vorsitz Herausgeber- und Programmbeirat: Dr. August Hanning, Staatssekretär a.D.; Reimar Scherz, BrigGen. a.D. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Netzwerk Sicherheit". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.